

GESAGT

„Fiat bleibt in Italien. Fiat muss als nationales Erbe verteidigt werden.“

Flavio Zanonato, Italiens Wirtschaftsminister, zu Spekulationen, der Firmensitz werde nach Detroit verlagert

Wirtschaft

Börse

DAX	8276	Euro	1,3223	Gold	1315
Umlaufrendite	1,39				+1,46 %
Roh-Öl (Brent, \$/Barrel)	107				-0,45 %
Euro Stoxx 50	2768				+0,32 %

RP-ONLINE.DE/WIRTSCHAFT

BGH-Urteil: Gaspreis-Erhöhungen von RWE sind unwirksam

Nun können Hunderttausende Kunden Preiserhöhungen der vergangenen Jahre anfechten, so die Verbraucherzentrale.

VON ANTJE HÖNING

ESSEN Der zweitgrößte deutsche Energiekonzern RWE hat eine Schlappe vor dem Bundesgerichtshof (BGH) erlitten. Die Richter erklärten Klauseln aus RWE-Gaslieferverträgen für unzulässig. Der Konzern habe den Kunden nicht klar und verständlich gemacht, aus welchen Gründen und nach welchem Modus Preise steigen können. Damit seien die Kunden schon bei Vertragsabschluss nicht hinreichend informiert worden, die Preiserhöhungen seien unzulässig, heißt es sinngemäß im Urteil (Az. VIII ZR

162/09). Konkret ging es um Klagen von 25 Gas-Kunden der früheren RWE Westfalen-Weser-Ems, die Preiserhöhungen zwischen 2004 und 2006 nicht akzeptiert und sich durch die Instanzen geklagt hatten. Sie haben nun Anspruch auf Rückzahlungen zwischen 260 und 1100 Euro. Insgesamt muss RWE gut 16000 Euro erstatten.

Das Urteil geht nach Ansicht der Verbraucherzentrale NRW weit über diesen Kreis hinaus: „Eine Entscheidung mit weitreichenden Folgen. Wer Verträge mit gleich lautenden Klauseln geschlossen hat, kann nun ebenfalls Geld zurückverlangen.“

Die monierten Klauseln finden sich in Verträgen von Sonderkunden. Das sind in der Regel alle Kunden, die keinen Grundversorgungsvertrag haben – die Mehrheit der 13 Millionen Gas-Kunden in Deutschland. Allein RWE hat 240000 Sondervertragskunden in Deutschland, branchenweit sind es zehn Millionen.

Doch die Kunden kommen nicht automatisch an ihr Geld. Zu-



„Auch zahlreiche andere Versorger in der Pflicht“

Klaus Müller
Verbraucherzentrale NRW

nächst müssen betroffene Verbraucher Widerspruch bei ihrem Versorger einlegen und Erstattungen anfordern. Der Widerspruch muss binnen drei Jahren nach Erhalt der Rechnung erfolgen. Wer bereits früher Widerspruch eingelegt oder seine Rechnung nur unter Vorbehalt beglichen hat, kann nun Druck auf die Versorger machen. Die Verbraucherzentrale hat für die Kunden einen Mus-

terbrief formuliert, der unter www.vz-nrw.de/widerspruch-gaspreise abgerufen werden kann.

„RWE muss die unberechtigten Preiserhöhungen zurückzahlen. Auch zahlreiche andere Versorger sind jetzt in der Pflicht“, sagte Klaus Müller, Chef der Verbraucherzentrale NRW. Er appellierte an die Versorger, ein „schlankes und verbraucherfreundliches Verfahren“ zu etablieren. Jetzt dürften nicht Hunderttausende Gaskunden gezwungen werden, vor Gericht zu gehen. Theoretisch könnten die Versorger sich auch von jedem Kunden einzeln verklagen lassen.

RWE setzt auf Zeit. Das Urteil gelte nur für die Kläger und nicht für alle Kunden, sagte ein RWE-Sprecher. Zudem bezöge sich das Urteil auf ältere, 2006 abgelöste Vertragsbedingungen, den AVB Gas. Hier hätten nur einige hundert Kunden Widerspruch eingelegt. Zu den Folgen für neuere Verträge könne man nichts sagen, man wolle die Urteilsbegründung abwarten. Laut Verbraucherzentrale ist das Urteil auch auf die jetzt geltenden Vertragsbedingungen und auch auf andere Versorger zu übertragen. RWE-Konkurrent Eon wollte sich nicht äußern.

So hoch sind die Müllgebühren in NRW

Der Bund der Steuerzahler warnt vor ausufernden Kosten für Abfall, Abwasser und stark steigenden Grundsteuern. Vor allem in finanzschwachen Kommunen wird das Wohnen dadurch deutlich teurer. Die Landesregierung toleriert das.

VON THOMAS REISENER

DÜSSELDORF Die teils drastisch gestiegenen Gebühren für Abfallentsorgung und Abwasser alarmieren den Bund der Steuerzahler (BdSt). „Die Wohnnebenkosten werden zum Armutsrisiko“, warnte gestern Heinz Wirz. Der NRW-Chef des BdSt sieht vor allem bei finanzschwachen Kommunen des Landes einen „Trend, den Haushalt auf Kosten der Gebührenzahler zu sanieren“.

Die Landesregierung scheint das zu tolerieren. In einem Bericht an den Kommunalausschuss des Landtages, der unserer Zeitung vorliegt, räumt NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) ein, dass Gebührenerhöhungen bei den ärmsten Kommunen des Landes inzwischen zu den wichtigsten Konsolidierungsmaßnahmen gehören. In einer nach Maßnahmen-Häufigkeit sortierten Liste setzt Jäger die Gebührenerhöhungen auf Platz sechs hinter den eher unklar formulierten Maßnahmen „Personalabbau“, „Standardreduzierung“, „Organisationsveränderungen“, „Effizienzsteigerungen“ und „Maßnahmen im Sportbereich“. Kritik daran äußerte das Innenministerium weder in dem Bericht noch auf telefonische Anfrage.

Der BdSt vergleicht die landesweiten Gebühren für Abfall und Abwasser jährlich am Beispiel einer Musterhaushaltsberechnung. Demnach sind die Abwassergebühren im laufenden Jahr im Schnitt nur um ein Prozent gestiegen. Bedrohlich sind aber die Extreme. „Mehr als 40 Prozent der Kommunen haben

Abwassergebühren 2013

Die preiswertesten und teuersten Kommunen in verschiedenen Kreisen der Region

Jahresgebühren für einen Vier-Personen-Haushalt mit 200 m³ Frischwasserverbrauch und 130 m² vollversiegelter Fläche

teuerste Kommune	preiswerteste Kommune
IM KREIS HEINSBERG	
Wegberg 990,80 €	Erkelenz 499,00 €
IM KREIS KLEVE	
Goch 753,10 €	Issum 454,50 €
IM KREIS METTMANN	
Velbert 744,00 €	Hilden 409,90 €
IM OBERBERGISCHEM KREIS	
Waldbröl 1234,20 €	Radevormwald 768,40 €
IM RHEIN-KREIS-NEUSS	
Rommerskirchen 991,10 €	Kaarst 490,30 €
IM KREIS VIERSEN	
Schwalmtal 739,90 €	Brüggen 433,00 €
KREISFREIE STÄDTE	
M'gladbach 811,50 €	Düsseldorf 431,40 €

die Abwassergebühren erhöht, in einigen Kommunen fiel dieser Anstieg um mehr als 18 Prozent aus“, sagte Wirz. So zahle der BdSt-Musterhaushalt in der Eifel-Stadt Schleiden fünf Mal so hohe Abwassergebühren wie im münsterländischen Reken. Der Vergleich der Abfallgebühren ist komplizierter, weil viele Haushalte zwischen unterschiedlichen

Entsorgungs-Rhythmen, -Sortierungen und Tonnengrößen wählen. Trotzdem beobachtet der BdSt auch bei den Abfallgebühren „große Unterschiede und einen generell starken Trend zur Verteuerung“.

Die 61 ärmsten NRW-Kommunen fördert das Land mit Zuwendungen aus dem „Stärkungspakt Kommunalfinanzen“. Im Gegenzug müssen

Private Abfallentsorgung 2013

Die preiswertesten und teuersten Städte in der Region

Jahresgebühren für einen Vier-Personen-Haushalt mit 120 Liter Restabfall*, 120 Liter Bioabfall* und 120 Liter Papierabfall

Ratingen (Kreis Mettmann)	149,40 €
Meerbusch (Rhein-Kreis-Neuss)	150,00 €
Hilden (Kreis Mettmann)	171,60 €
Alpen (Kreis Wesel)	406,08 €
Bedburg-Hau (Kreis Kleve)	373,20 €
Schwelm (Ennepe-Ruhr-Kreis)	362,40 €

*14-TÄGIGE LEERUNG | QUELLE: BUND DER STEUERZAHLER NRW | GRAFIK: RADOWSKI

LOBBY FÜR BÜRGER

Wer der Bund der Steuerzahler ist

Gründung 1949
Mitglieder 310 000
Zweck Steuersenkung, Bürokratieabbau, Vermeidung von Verschwendung öffentlicher Mittel
Kritik Wenig Arbeitnehmer-Mitglieder. Der BdSt wird gelegentlich als FDP-lastig beschrieben.

wurde. Die muss jeder Hausbesitzer zahlen und kann sie an Mieter weiterreichen. Der Städte- und Gemeindebund NRW wollte die Zahlen nicht kommentieren.

Eindringlich warnte Wirz vor angeblichen Plänen des NRW-Umweltministeriums, den Kommunen bei der Abfallentsorgung künftig benachbarte Verbrennungsanlagen zuzuweisen. „Das verhindert Wettbewerb“, sagte Wirz, „unsere Umfragen zeigen jedes Jahr, dass sich die Kosten mit einer EU-weiten Ausschreibung der Abfallverbrennung erhebliche senken lassen.“ In Bad Münstereifel und Weilerswist etwa habe eine solche EU-weite Ausschreibung die Abfallgebühren für die Bürger um mehr als 20 Prozent gesenkt. Ein Sprecher des Umweltministeriums bestätigte Pläne, in einem neuen Abfallwirtschaftsplan das „Prinzip der Nähe“ bei der Abfallentsorgung in NRW festzulegen. Die von Wirz befürchteten Einzelzuweisungen seien dabei aber nicht vorgesehen.

Kunststoff-Geschäft belastet Bayer im zweiten Quartal

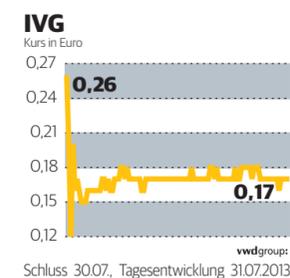
VON ANTJE HÖNING

LEVERKUSEN Heute vor 150 Jahren wurde Bayer gegründet. Doch die Zahlen, die der Konzern gestern zum zweiten Quartal vorlegte, bieten zumindest in der Kunststoff-Sparte (BMS) wenig Anlass zum Feiern. Hier brach der Gewinn (vor Zinsen, Abschreibungen und Sondereinflüssen) um 28,5 Prozent auf 274 Millionen Euro ein. Ursache ist das schwache Auto-Geschäft in Europa. BMS liefert Vorprodukte (Schäume) für die Autoindustrie. Damit erscheine die Gewinnprognose für das Gesamtjahr „zunehmend ambitioniert“, so Bayer. Es bleibe abzuwarten, inwieweit die unerwartet schwache Entwicklung bei BMS durch die in der Gesundheitspartie kompensiert werden könne, erklärte Bayer-Chef Marijn Dekkers. Die Bayer-Aktie gab um zwei Prozent nach.

Die Kunststoff-Sparte, die unter anderem Werke in Krefeld und Dormagen hat, ist seit längerem das Sorgenkind von Bayer. Immer wieder fordern Analysten, der Konzern möge sie verkaufen, um im Pharmageschäft noch stärker zu werden. Das boomte auch im vergangenen Quartal. In der Sparte HealthCare legte der Gewinn um 6,4 Prozent auf 1,3 Milliarden Euro zu. Vor allem neue Arzneien belebten das Geschäft. Mit dem Schlaganfallmittel Xarelto setzte Bayer 219 Millionen Euro um, mehr als dreimal so viel wie vor einem Jahr. Auch mit dem Augenmittel Eylea und dem Krebsmittel Stivarga ist man zufrieden.

Die Pflanzenschutz-Sparte (CropScience) schaffte sogar ein Gewinn-Plus von 13,7 Prozent. Insgesamt legte der Gewinn um 1,2 Prozent auf 2,2 Milliarden Euro zu. Der Umsatz wuchs um 1,9 Prozent auf 10,4 Milliarden Euro.

AKTIE DES TAGES



In Scharen sind die Anleger gestern aus der Aktie des Immobilienkonzerns IVG geflüchtet. Zwischenzeitlich betrug der Verlust für das im S-Dax notierte Papier rund 50 Prozent, nachdem Gespräche wichtiger Gläubiger über ein gemeinsames Rettungskonzept vorerst gescheitert waren. Das Unternehmen brauche eine Brückenfinanzierung und möglicherweise einen Schuldenschnitt, hieß es. Für den Verzicht auf Forderungen sollten die Geldgeber im Gegenzug Aktien erhalten. Außerdem braucht der Konzern angeblich 120 Millionen Euro. Bis zum Handelsschluss holte die IVG-Aktie einen Teil der Verluste wieder auf.

12500 Arbeitslose mehr in NRW

Bundesweit stieg die Zahl der Menschen ohne Job im Juli auf 2,914 Millionen.

NÜRNBERG (dpa/spol) Aufgrund der einsetzenden Sommerflaute ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im Juli um 49000 gestiegen. Damit waren 2,914 Menschen ohne Job, die Quote legte um 0,2 Punkte auf 6,8 Prozent zu. „Der Anstieg beruht vor allem darauf, dass sich Jugendliche nach Ende ihrer schulischen oder beruflichen Ausbildung vorübergehend arbeitslos melden“, teilte die Bundesagentur für Arbeit (BA) gestern mit.

In NRW war der Arbeitsmarkt laut Christiane Schönefeld, Chefin der Regionaldirektion NRW, „verhalten stabil“. Die Arbeitslosenquote lag mit 8,3 Prozent um 0,1 Punkte über dem Vormonat. 766631 NRW-Bürger hatten im Juli keinen Job, 12529 mehr als im Juni. Die sechs Agenturbezirke mit den höchsten Quoten lagen im Ruhrgebiet (Recklinghausen, Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Duisburg und Dortmund).

Arbeitslosenquoten in Nordrhein-Westfalen, in Prozent

Arbeitsamtsbezirk*	Juli	Juni
Dortmund	13,3	13,2
Duisburg	12,8	12,7
Gelsenkirchen	12,6	12,4
Essen	12,3	12,1
Bochum	11,4	11,2
Recklinghausen	11,1	11,1
Solingen/Wuppertal	10,4	10,4
Oberhausen	10,3	10,1
Köln	9,6	9,3

Krefeld	9,0	8,9
Düsseldorf	9,0	8,8
Leverkusen	8,5	8,3
Aachen/Düren	8,3	8,2
Mönchengladbach	8,3	8,2
Mettmann	7,2	7,2
Wesel	7,2	7,0
Rhein-Kreis Neuss	6,4	6,3
Paderborn	6,0	5,8
Rheine	4,8	4,6
Coesfeld	4,0	3,9
Durchschnitt NRW	8,3	8,2

Den Anstieg im Juli beschreibt Schönefeld als saisontypische Entwicklung. Sobald in den nächsten Monaten die Berufsausbildung starte und die Wirtschaft nach den Ferien verstärkt einstelle, würde die Arbeitslosigkeit vor allem unter den Jugendlichen zeitnah abgebaut.

Aktuell suchen in NRW 39021 Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Das sind 18,6 Prozent mehr als im Vorjahr – derzeit warten viele Abiturienten auf die Zulassung für einen Studienplatz. 25896 Lehrstellen waren unbesetzt, 4,2 Prozent mehr als im Ausbildungsjahr 2011/12.

*MIT UNTERGRÖßEREN ALS GLEICHNAMIGE STÄDTE
QUELLE: BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT | GRAFIK: RP